

Geheimt
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertags.

Werbungpreis
monatlich 3 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen mit Beleggeld
3 Mk. 17 Pfg.

Wochenpreis 25 Pfg.
Einzelnummern 5 Pfg., Abende
10 Pfg.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Kunstpapierpreis
die viergespaltene Gesamt-
seite oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenblatt die
Gesamtseite 35 Pfg. — Nach-
satz bei späteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle
Bismarckstraße 78, Fernruf 414
Postfach 11563
Frankfurt a. M.

Die Rede des Reichsfanzlers.

Die Kriegsziele der Mittel- mächte.

Berlin, 24. Januar.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages führte

Reichsfanzler Graf von Hertling

folgendes aus:

Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar — standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten könnten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben: Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter, aber sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat ein Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation Ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Fanksprüche, die durch die Welt gehen mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diese Zweifel bestätigen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstig stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind no Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zum Abschluß zu kommen, der im beiderseitigen Interesse gelegen und auf der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würde.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatte die russische Delegation Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer zu ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen. Als Grundlage hatte die russische Delegation gewisse Vorschläge allgemeinen Inhalts unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar abends 10 Uhr war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für die Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an keine von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschlüsse der Entente gegenüber mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen,

zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner

erfolgt: Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erkenne gerne an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezeigte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Gelächter.) Immerhin aber gehe ich nicht so weit, wie manche Stimmen aus dem neutralen Auslande, die aus der Rede Lloyd Georges einen ernststen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärte, er wolle Deutschland nicht vernichten und habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung über sich für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen. Dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das aller möglichen Verbrechen beschuldigte Deutschland Recht zu sprechen habe, eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von einem ernststen Willen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die vor dem Kriege vorhanden gewesen Verhältnisse und eingetretenen Vorgänge zu werfen; auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen. Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa die

jenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entspricht. (Bravo.) Fürst Bismarck trönte sein Werk durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Es war ein rein defensives Bündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der eng verbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns eng verbündeten Donaumonarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den

Abdruck der Koalitionen.

Und die Ereignisse der Folgezeit haben gezeigt, daß das keine bloßen schreckhaften Traumbilder waren. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächte drohten, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalition Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanchefucht, im russischen Expansivstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzubereite Hilfe. Und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor. Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahe gerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbar. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiele ruhig zugeesehen hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte. Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe, und daß ich bei diesen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmt, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur ausgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwo vom Auslande beachtet worden wären. Und nun

Elß-Lothringen.

Elß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elß-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Elß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teil rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte fortgesetzter Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir nun im siebziger Jahre die uns freventlich entrißenen Landstriche zurückverlangten, war dies nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man jetzt *Desannexion* nennt, und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“, und zwar im Dezember 1870 folgendes schrieb: „Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten.“ Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhange gegen Frankreich gebrauchte, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe — „einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluss, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten

Gebiete zurückzugeben, wenn die Eigentümer, denen sie entrißen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.“ Und im gleichen Sinne sprachen angesehen englische Presbörge — ich nenne beispielsweise die „Daily News“ — das aus: Ich komme nunmehr

zu Wilson.

Auch hier erkenne ich an, daß er schon ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuchs Wilsons, in der Antwort auf die Papinote zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, und der Anfang dazu ist vielleicht gemacht; denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autoritäre Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden. Auf die schiefen Darlegungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson darlegt. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe. Der 1. Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären könnten. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller Welt bekannt war, während die Offenbarungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimkassen das Licht der Öffentlichkeit erblickten. Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Öffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein können, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären. Im 2. Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsvoraussetzungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schlusse angefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen — ist nicht leicht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten weggelassen. Im hohen Grade wichtig aber wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark besetzten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstrahlen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der voraussichtlich die Ursache künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

4.

Beschränkung der Rüstungen.

Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig.) Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum 5. Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem großen Kolonialreiche England überlassen bleiben kann, wie es sich mit dem Vorschlage seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten

Neugestaltung des Welt-Kolonialbesitzes

wird von diesem Programmpunkt seinerzeit die Rede sein.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich namens der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Trägern, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich

halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreichs gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen, als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir aufs dringendste die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt 7 kommt auf die

belgische Frage.

Was die belgische Frage betrifft, ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland ein Programm der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange sich unsere Gegner nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebiets der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und ein Vornwegnehmen der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

8.: Befreiung des französischen Territoriums.

Die okkupierten Teile Frankreichs

Sind ein wertvolles Pfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren. Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reizgebiet nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsland, das sich seitdem immer mehr dem Deutschum innerlich angeschlossen, das sich in hoch erfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt hat, von den mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von dem Feinde unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo.)

9, 10 und 11. Italienische Grenzen, Nationalitätenfragen der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Was die von Wilson unter 9, 10 u. 11 behandelten Fragen betrifft, so berühren sie sowohl in den italienischen Grenzfragen als in denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum größten Teil die politischen Interessen unseres Verbündeten

Oesterreich-Ungarn

überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren, doch möchte ich die Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie dem auswärtigen Minister der österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daransetzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustandekommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

12.:

Türkei.

Ebenso möchte ich in den unter Punkt 12 von Wilson berührten Angelegenheiten, die unsere treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen, die Türkei, betreffen, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Meerengenfrage eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierbei stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand rechnen.

Punkt 13 behandelt

Polen.

Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltlose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man denn auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen es überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem richtigen Wege hierzu.

Der letzte Punkt behandelt den

Verband der Völker.

Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken sympathisch gegenüber der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der vom Präsidenten Wilson stammende Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste einer vollkommenen Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen Schwen-

denben Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes näher zu treten.

Meine Herren! Sie haben die Reden von Lloyd George und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher, ehrlicher Friedenswille entgegentritt. Sie enthalten gewiß Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und die die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht „vernichten“, aber sie scheitern begehrt nach Teilen unserer und unserer verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten. So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht derjenige, der alle unsere früheren Äußerungen von Friedensbereitschaft als bloße Zeichen der Schwäche deutet. Von diesem Standpunkte, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn

die wirkliche Lage

ist. Mögen sie sich gesagt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig wie sie jetzt ist. (Bravo!) Unsere genialen Heerführer sehen mit unverminderter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am 29. November im Hause sprach: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Veröhnlichkeit, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf kein Freibrief für die Entente sein, den Krieg immer wieder zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren oder wie Lloyd George sagte, eine reconsideration eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit

neuen Vorschlägen

kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen; denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde allgemeine Friede ist solange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung unserer Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleibt. Bis dahin heißt es ruhig zusammenzustehen und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir wohl alle einig. (Lebhaftes Bravo!), über die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen und behalten wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge: das Wohl des Vaterlandes. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein.

Ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erträgt in bewundernswerter Weise die Leiden und Lasten des nun in seinem vierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Lasten und Leiden denke ich ganz besonders an die Leiden der kleinen Handwerker und an die der gering besoldeten Beamten, aber alle Männer und Frauen wollen aushalten und durchhalten. In politischer Reise lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird ferner mit uns sein! (Lebhaftes Bravourse.)

Der Krieg.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Jan. (WB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Regelmäßige Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Bödinghe-Staden wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Magedonische Front

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Dojran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Des Obersten Generalquartiermeisters: Lubensow.

Die Wirrungen an der russischen Front.

F. Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Zum Oberbefehlshaber der russischen inneren Front, d. h. des Kampfgebietes gegen die Ukraine und im Dongebiet ist vom Rat der Volkskommissare der Matroze Dubenko ernannt worden. An der Front dauern die Kämpfe zwischen den Ukrainern und der Maginalisten an. Die russische 8. Armee beabsichtigt, die Front zu verlassen. Drei Armeekorps der 9. Armee werden sich wahrscheinlich anschließen. Die Ukrainer suchen das zu verhindern, aber die großrussischen Truppen beabsichtigen, sich zur Verfügung der Charkower Regierung durchzuschlagen. Hinter der Front mehren sich die blutigen Zusammenstöße, und weitere sind zu erwarten. Die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen haben bei Gagal einen unglücklichen Ausgang für die Russen genommen. Daraufhin sind 2300 Russen mit 22 Geschützen, 57 Munitionswagen, 3 Feldküchen, 360 anderen Fahrzeugen, 1200 Pferden zu den deutschen Truppen übergetreten. Auch nach Bessarabien sind durch Tcherbatshew rumänische Truppen entsandt worden, angeblich, weil Rumänien die bessarabische Republik unter seine Gewalt bringen will.

Letzte Meldungen.

Veränderungen im englischen Oberbefehl.

Marshall Haig ernannte, laut Havas, den Divisionsgeneral Sir Herbert Lawrence zum Chef des Generalstabes. Der „Times“ bezeichnet diese Tatsache nur als das Vorspiel zu einer Reihe von Veränderungen im britischen Oberbefehl.

Demission des Kabinetts Werles.

Dem „Pester Lloyd“ zufolge hat Ministerpräsident Werles die Gesamtdemission seines Kabinetts überreicht.

Lloyd George über Elsass-Lothringen.

In der großen Konferenz, die zwischen Lloyd George und den Vertretern der Gewerkschaften stattfand, gab der englische Premierminister deutlich zu verstehen, daß England bezüglich Elsass-Lothringens ausschließlich durch seine Loyalität gegenüber Frankreich interessiert sei und deshalb die Entschließung Frankreichs abwarten müsse. Es gewinnt den Anschein, als ob man letzten Endes Frankreich in die Zwangslage versetzen will, selbst die Initiative zum Verzicht auf Elsass-Lothringen zu ergreifen.

Vom König von Rumänien.

Der König von Rumänien soll mit der königlichen Familie, Petersburger Nachrichten zufolge, aus Jassy geflüchtet sein und zwar sollen sie sich ins rumänische Hauptquartier begeben haben, wo sie sich im Schutz zuverlässiger rumänischer Truppen befinden.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 25. Januar 1918.

* **Ehrentod.** Seiner schweren Verwundung erlegen ist der Leutnant der Reserve Richard Paul Reif, ältester Sohn des ersten Stabsfeldwebels Louis Reif. Die Hinterbliebenen beklagen den Verlust eines geliebten, hertzogen treuen Sohnes und Bruders, und das Regiment, dem er angehörte, widmet ihm heute ehrende Gedächtnisworte. Es nennt den toten Helden, dessen Brust das Eiserne Kreuz schmückte, einen frischen, jungen, wagemutigen Kameraden, den es nie vergessen will. Seine letzte Schuldigkeit für das Vaterland hat Leutnant Reif getan. Er ruhe in Frieden.

* **Auszeichnung.** Dem Zugführer Heinrich Henrich wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen und der Schaffner Albert Hartmann erhielt die Dienstauszeichnung für 25jährige treue Eisenbahndienstzeit.

* **Kurhaus-Theater.** (Vorbericht des Theaterbüros.) Sonntag nachmittag 3 Uhr ist eine Wiederholung des Kindermärchens „Schneewittchen und die sieben Zwerge“; abends geht neu einstudiert das Trauerspiel „Gudrun“ von Ernst Hardt in Szene. Die „Gudrun“ gibt Frä. Ida Wahr; die weiteren Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Steinmeyer, Steinegg, Kabe, Nora, Wallisch, Feuchel, Blankenburg und Luzell, sowie den Herren Gerhardt, Schmidhoff, Reim, Helgon, Werthmann, Albert und Schmidt. Spielleiter ist Herr Dr. Reim. Am Dienstag abend kommt als nächste Vorstellung im Abonnement A das Volksstück mit Gesang „Die Hoflieferantin“ von Leo Walter Stein, Musik von Hugo Firsch zur Aufführung.

* **Städtische Lebensmittelversorgung.** Zur Ausgabe gelangen 150 Gramm frisches Fleisch, 50 Gramm Wurst und 50 Gramm Margarine. Die Reihenfolge der Ausgabe ist aus der Bekanntmachung des Magistrats zu ersehen.

* **Höchstpreise für Fleisch.** Der Magistrat erläßt heute eine Verordnung die Höchstpreise für Fleisch betreffend. Sie tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Auf die gelben Notbezugsscheine

Nr. 8676—8875 werden bei E. Berthold Dorotheenstraße und auf Nr. 8876—9025 bei Frau Chr. Glücklich Drangiergasse, am Samstag, den 26. 1. cr. vorm. 8—12 Uhr je 1 Btr. Braunkohlen-Bricketts ausgegeben.

Ortskohlenstelle.

Frau zum tragen der Frankfurter Nachrichten gesucht.

L. Stand's Buchhdlg., Quisenstr. 75.

Gottesdienst der israelitischen Gemeinde.

Samstag, den 26. Januar.

Vorabend 4⁰⁰ Uhr.

morgens 9 Uhr

Nachmittags 4 Uhr

Sabbatende 6 Uhr

Sonntag morgen 8 Uhr:

Kaisers Geburtstagsfeier

Nr. den Werktagen.

morgens 7⁰⁰ Uhr

abends 4⁰⁰ Uhr.